

6. Der Kampf um die Balance politischer und ökonomischer Macht in den jungen USA

6.1 Der Konsens über das Zusammengehören von Staatsordnung und Wirtschaftsordnung

In den Kontroversen im Gründungsprozess der Vereinigten Staaten sind nicht ausschließlich die Gegensätze zwischen dem starken Liberalismus und den beiden anderen politischen Strömungen jener Jahre von Belang. Vielmehr gab es auch eine Reihe grundlegender Übereinstimmungen zwischen den Repräsentanten einer konsequenten Menschenrechtspolitik auf der einen und ihren regionalistischen oder imperialistischen Widersachern auf der anderen Seite. Über alle Differenzen hinweg gab es ein Verständnis davon, dass politische Freiheit und ökonomische Macht nur zusammen gedacht werden können. Gewiss, die Ansichten etwa darüber, ob große Unterschiede bei den Vermögen gefördert, geduldet oder bekämpft werden sollten, gingen weit auseinander. Aber man war sich in weiten Kreisen einig, dass politische Demokratie und egalitäre Eigentumsverhältnisse genauso zusammengehören wie ein hierarchischer Staatsapparat und eine vermachte Wirtschaftsordnung.

Wer heute von Wirtschaftspolitik redet, meint in erster Linie die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Ganz anders in der Zeit der Entstehung der amerikanischen Verfassung. Wer damals seine wirtschaftspolitische Meinung und, in den meisten Fällen gleichzeitig, seine wirtschaftlichen Interessen durchsetzen wollte, der musste das, was er ökonomisch anstrebe, im allgemeinen Rahmen eines Gesellschaftsentwurfes formulieren. Wirtschaftspolitik war eine Frage der demokratischen und freiheitlichen Konstitution der gesamten Gesellschaft, eine Frage des sozialen und kulturellen Verständnisses, ja eine Frage der Lebensplanung jedes einzelnen Bürgers, sofern er nicht als Sklave oder als Indianer von vornherein aus der Bürgerschaft ausgeschlossen war.

Obwohl zum Beispiel John Adams als zweiter Präsident der USA dem starken Liberalismus deutlich entgegentreten und die Konzentration politischer wie ökonomischer Macht fördern sollte, leugnete er nicht – wie es heutige Neoliberalen in jedem Artikel, in jedem Interview tun – die Bedeutung der Verteilung des Eigentums

für die Entwicklung der Demokratie. Adams notierte über den englischen Philosophen James Harrington und dessen Ideen über den Zusammenhang von Macht und Eigentum noch vor der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten:

»Harrington has shown that power always follows property. This I believe to be as infallible a maxim in politics, as that action and reaction are equal, is in mechanics. Nay, I believe we may advance one step farther, and affirm that the balance of power in a society, accompanies the balance of property in land. The only possible way, then, of preserving the balance of power on the side of equal liberty and public virtue, is to make the acquisition of land easy to every member of society; to make a division of the land into small quantities, so that the multitude may be possessed of landed estates. If the multitude is possessed of the balance of real estate, the multitude will have the balance of power, and in that case the multitude will take care of the liberty, virtue, and interest of the multitude, in all acts of government.«¹

Diese von Adams in so klare Worte gefasste, elementare politische Einsicht, hätte in der Gründungsphase der USA kaum jemand bestritten. Das Wissen um diesen fundamentalen Zusammenhang ging jedoch im Lauf der Zeit verloren. Wir gehen heute wie selbstverständlich davon aus, dass Demokratie durch bestimmte Gesetze gesichert, durch die politische Kultur in Parteien, Vereinen und Medien gefördert oder gefährdet wird. Demgegenüber gelten die Verteilung des Eigentums und die der wirtschaftlichen Macht als rein ökonomische Fragen, die in einem anderen Zusammenhang stehen. Zwar gibt es in der Öffentlichkeit heute wieder ein wachsendes Gefühl dafür, dass wirtschaftliche Macht die Funktionsfähigkeit der Institutionen der parlamentarischen Demokratie lähmen kann; aber die Verteilung des Eigentums und die der wirtschaftlichen Macht werden nicht zwingend, wie noch in der Epoche der Amerikanischen Revolution und im gesamten neunzehnten Jahrhundert, als Probleme verstanden, die für die Verfassung eines Staates von selbstverständlicher und fundamentaler Bedeutung sind. Die Machtarchitektur des Wirtschaftssystems gehört nicht zum Verfassungsrecht, obwohl sie über die Funktionsfähigkeit der Demokratie genauso entscheidet wie die innerstaatliche Gewaltenteilung.

Diese Blindheit war zu einer Zeit, als sich die Konzentration der Macht in den Händen von Kapitalisten gerade erst zu entfalten begann, noch nicht vorhanden. Die meisten Bürger, die sich öffentlich zu Wort meldeten, waren gegenüber den Gefahren dieser Entwicklung alles andere als naiv. Wer immer das Interesse hatte, wirtschaftliche Macht zu konzentrieren, musste sich gegenüber starken ratio-

¹ John Adams: *Brief an James Sullivan*, 26. Mai 1776, in: Charles Francis Adams (Hg.): *The Works of John Adams, Second President of the United States*, Bd. IX, Boston/Massachusetts 1854, S. 375–378, Zitat S. 376f.

nalen Argumenten und starken nicht rationalen Mentalitäten behaupten. Aber das damals verbreitete Wissen über den Zusammenhang von politischer Freiheit und ökonomischer Macht genügte in zweifacher Hinsicht nicht, um eine Politik der Minimierung von Macht real einzuleiten. Zwei wichtige Voraussetzung sind hierzu nötig: erstens muss eine solche Politik auf einer Grundsatzentscheidung beruhen, die dann gesetzlich, das heißt in der Verfassung des Staates, verankert wird; zweitens muss praktisches und theoretisches Wissen erworben und gesammelt werden, mit welchen wirtschaftspolitischen oder juristischen Mitteln die erwünschte Beschränkung der Macht zu verwirklichen sei.

Während die Antiföderalisten zu einem großen Teil an einer Minimierung der Macht interessiert waren, sie jedoch vor der Schwierigkeit standen, sich das dazu notwendige Wissen zu verschaffen, fehlte es bei den Föderalisten schon am Willen zu einer solchen Begrenzung von Macht. Ihr Wissen über die Verflechtung von politischen und ökonomischen Interessen, das sie mit ihren Gegnern teilten, nutzten sie, um es gegen eine Demokratisierung der Gesellschaft zu wenden. Da die Föderalisten die Konzentration von Eigentum für eine Art Naturgesetz hielten, folgerten sie, im Sinne der oben zitierten Analyse Harringtons, dass die Etablierung einer auf dem allgemeinen Wahlrecht gründenden Demokratie in den USA gegen ebendieses Naturgesetz verstöße.² Sie wünschten beileibe keine Diktatur. Aber eine minimalistisierte Demokratie nach dem Vorbild Englands, die wiederum Paine für eine besonders perfide Art der Tyrannie hielt, war ihnen gerade recht.

Dass es trotz des allgemein verbreiteten Wissens über die Gefährdung der Demokratie durch die Konzentration von Eigentum nicht zum Durchbruch einer Politik der Machtminimierung kam, hängt mit den freiheitsfeindlichen Positionen zusammen, die der anti-kapitalistische Regionalismus und der pro-kapitalistische Zentralismus in den Vereinigten Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, seit mehr als zwei Jahrhunderten teilen.

6.2 Monopolistisches Denken und Konservatismus bei John Adams und Alexander Hamilton

Die heutige Wachstumsideologie in den USA ist eine modifizierte, besser gesagt modernisierte Form des ökonomischen Denkens der Föderalisten. Schon Mitte der

² Zur Diskussion über die Frage, ob das Wahlrecht nur solchen Bürgern zukomme, die über Eigentum verfügen, oder ob es allen Bürgern gleichermaßen zukomme siehe Willi Paul Adams: *Republikanismus und die ersten amerikanischen Einzelstaatsverfassungen. Zur ideengeschichtlichen und verfassungsgeschichtlichen Komponente der Amerikanischen Revolution, 1775–1780*, Phil. Diss., Berlin 1968, Abschnitt 4 *Argumente für Mindestbesitzklauseln*, S. 365–381, Abschnitt 5 *Argumente gegen Besitzqualifikationen*, S. 382–392.